

Protokoll der Unterrichtsstunde vom 05.02.2008

---

## **Thema der Stunde: Die doppelte Staatsgründung**

---

Eine Zeitungsschlagzeile der aktuellen Ereignisse in Brandenburg stand am Anfang der Stunde im Vordergrund.

### **„Illegale Landnahme belastet Brandenburg“**

#### **Aktuell**

In Brandenburg klagen gerade Nachfahren der Neubauern ihren Landbesitz ein und ich zitiere Hr. Manthey: „Ich gehe davon aus, dass diese Recht bekommen und dies wird eine Welle von Klagen nach sich ziehen.“

#### **Kurzüberblick**

Brandenburg hat sich 1999/2000 bei rund zehntausend Grundstücken früherer Neubauern, deren Erben nicht auffindbar waren, selbst ins Grundbuch eintragen lassen. Das Land hatte diese Grundstücke nach 1990 in treuhändlerischer Verwaltung, da die „Neubauern“ in den 50 er Jahren ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) eingebracht haben (einbringen mussten), nach der Wende die Eigentümer aber oft nicht greifbar oder bereits verstorben waren. In diesen Fällen wies das Finanzministerium 1999 die Grundbuchämter an, das Land als Eigentümer einzutragen, obwohl diese Selbstaneignung des nur treuhändlerisch verwalteten Besitzes Dritter der Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht bedurft hätte. Der ganze Vorgang wurde publik, als die Erben eines Eigentümers beim Blick ins Grundbuch feststellten, dass nicht der Erblasser, sondern zwischenzeitlich das Land Brandenburg als Eigentümer eingetragen war. In diesem Fall hatte sich das Land überhaupt nicht bemüht, die Erben zu finden, die in der Nähe von Berlin leben, sondern stillschweigend das Grundstück einkassiert. Das Finanzministerium korrigierte daraufhin aber nicht etwa den Fehler und gab das Grundstück freiwillig heraus; statt dessen ließ es sich von den berechtigten Erben bis zum BGH verklagen, obwohl man bereits erstinstanzlich vor dem OLG Brandenburg mit Pauken und Trompeten verloren hatte.

#### **Die LPG**

Die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Abkürzung: LPG) bezeichnet einen teilweise unter Zwang entstandenen Zusammenschluss von Bauern und Bäuerinnen nebst Produktionsmitteln sowie anderen Beschäftigten zur gemeinschaftlichen agrarischen Produktion in der DDR. Landwirtschaftliche Genossenschaften waren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den sozialistisch genannten Staaten Europas weit verbreitet.(?)

## **Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen ab 1949**

Die Durchführung einer Bodenreform wurde im Gesetz Nummer 32 der alliierten hohen Kommission im Jahre 1949 festgelegt. Darauffolgend wurde am 16. Mai 1949 ein Gesetz zur Durchführung der Bodenreform erlassen. Das Gesetz bestimmte, dass ein Großgrundbesitzer (mehr als 100 Hektar) von seinen land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Ländereien nur 100 Hektar behalten darf und den übrigen Teil – gegen eine Entschädigung in Form von Schuldverschreibungen oder Tilgungshypotheken des Staates abzugeben hat. Diese wurden jedoch auf den geringen Zinssatz von 3,5 % festgelegt, welcher zumeist wesentlich niedriger war als die tatsächliche vorherige ökonomische Verzinsung der landwirtschaftlichen Flächen. Dieser Minderwert stellte somit eine um diesen Teil entschädigungslose Enteignung dar. (2)

### **Folgen der Bodenreform 1945 nach der Wiedervereinigung**

Nach der politischen Umwälzung in der DDR wurden zunehmend Forderungen nach Auskopplung dieser privaten Ländereien aus den LPG-Nutzungen laut (und später teilweise auch vollzogen). Im sogenannten Modrow-Gesetz vom 16. März 1990 (Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform) wurden alle Verfügungsbeschränkungen bezüglich dieser Grundstücke aufgehoben und den Betroffenen die vollen Eigentumsrechte inklusive Vererbbarkeit übertragen. Angeblich war die Beibehaltung der Bodenreformergebnisse Bedingung für die Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands in den sogenannten 2+4-Verträgen. Die Rückgängigmachung der Bodenreform war hingegen von der deutschen Regierung in den folgenden Jahren nicht gewünscht. Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Bodenreform ziehen sich hingegen teilweise bis heute hin. (2)

Als Beispiel nannte Herr Manthey den enteigneten Großgrundbesitzer Graf von Hardenberg, hier eine kleine Biographie:

**Carl-Hans Graf von Hardenberg**, verheiratet mit Renate geb. Gräfin von der Schulenburg, Vater von fünf Kindern, wurde am 22.10.1891 in Glogau, Prov. Schlesien geboren. Im ersten Weltkrieg 1914/ 1918 als Offizier schwer verwundet, nahm er seinen Abschied und lernte Land- und Forstwirtschaft sowie das Bankwesen. 1921 erbte er die Verwaltung Neuhardenberg, Provinz Brandenburg. Abgesehen von seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit widmete er sich der Kommunalverwaltung. Schon vor 1933 war er ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. 1933 schied er aus allen Ämtern aus, da er sich weigerte, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten. Zur selben Zeit hat er - zusammen mit Freunden - den illegalen zielbewussten Kampf begonnen. Nach mehreren Attentaten - zuletzt am 20. Juli 1944 - wurde Graf Hardenberg am 25. Juli 1944 in Neuhardenberg verhaftet. Um den Folterungen der Gestapo zu entgehen und um nicht zum Verräter an Freunden und Bekannten zu werden, hat er sich zweimal in die Brust geschossen und die Pulsadern aufgeschnitten. Schwer verletzt wurde er in das KZ Sachsenhausen gebracht und trotz schwerster Krankheit durch die Gestapo immer wieder stundenlang verhört. Sein Besitz wurde beschlagnahmt. Ihm wurde mitgeteilt, dass die Anklage vor dem Volksgerichtshof mit dem Antrag auf vierfache Todesstrafe eingereicht sei. Der Einmarsch der Roten Armee verhinderte die Verhandlung. Nach Ende des Krieges ging er noch einmal nach Neuhardenberg, wurde aber wieder - diesmal von den Kommunisten enteignet - und vertrieben. Nach 1945 lebte Graf Hardenberg und seine Frau in Kronberg/ Taunus. Er starb am 24.10.1958. (3)

### **Hardenberg-Zusatz von hbm: Tragischer Treppenwitz der Geschichte**

Vor der Nazizeit organisiert der kommunistische Landarbeiter Fritz Perlitz eine Art Streik gegen Hardenberg. Hardenberg wirft die streikenden Landarbeiter raus, 30 Familien verlieren Arbeit und Wohnung. In der Nazizeit werden Perlitz und Hardenberg beide in Sachsenhausen eingesperrt, aus verschiedenen Gründen, aber im gleichen Block. Perlitz rettet dem verwundeten Hardenberg durch aufopfernde Pflege das Leben, Freundschaft der Gequälten entsteht.

Nach dem Sieg über den Faschismus steigt der Kommunist Perlitz in der SED auf und enteignet als Funktionär seinen Freund Hardenberg. Hardenberg flieht, Perlitz wird kommunistischer „Vorzeige-Landarbeiter“, benennt Hardenberg in „Marxwalde“ um. Nach dem Zusammenbruch der SU wird die DDR vom Kapitalismus der BRD wieder übernommen. Die Namen Marxwalde und die Erinnerung an Perlitz werden ausgelöscht. Die Erben Hardenbergs bekommen „Neu-Hardenberg“ z.T. zurück. Heute ist da ein wundervoller Park, eine schöne Kirche für Konzerte und ein Kultur- und Begegnungszentrum. Hinfahren! Quelle:

[www.tagesspiegel.de/kultur/:art772.2158178](http://www.tagesspiegel.de/kultur/:art772.2158178) vom 21.7.03

## Wiederholung „Umbau“

### **Ost**

#### Großkapital und Großgrundbesitzer enteignet

Dieses wurde auf Neubauern aufgeteilt und später mussten diese den LPG beitreten.

#### Radikale Entnazifizierung

Neue Bezirke,  
jedoch keine Länder

#### SED (sozialistische Einheitspartei Deutschland)

Bestehend aus KDP und SPD, die uneinigen Vertreter der Arbeiterklasse schließen sich zusammen.

### **West**

#### Krupp und andere verurteilt (milde), jedoch keine Enteignung

Obwohl die Vermögen auf dem Rücken von Zwangsarbeitern errichtet wurden

#### Entnazifizierung eher milde durchgeführt

#### Neue Länder mit eigenen Rechten gegen Gleichschaltung

Die Aufteilung in Länder, die bereits zur Feudalzeit existierten, wurde wieder hergestellt, die Länder behalten ihre Hoheit und werden nicht wie in der Nazizeit von der Zentralverwaltung bestimmt, sie sollen ein Gegengewicht zur Zentrale darstellen.

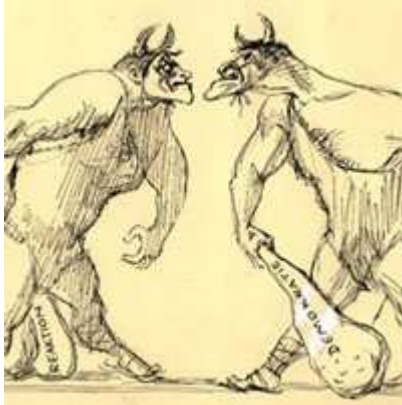
#### Gegenteil; scharfe Trennung

KPD gilt als „stalinistisch“, d.h. als verbrecherisch und revolutionär.  
SPD: gefördert  
KPD: Kommunisten; nicht gefördert  
CDU (ehemals Zentrum, anfangs auch für Enteignung des Großkapitals)  
FDP (reine Kapitalistenpartei): neu aufgebaut, ehemals LDP

In beiden Ländern werden neue Parteien zugelassen, im Osten jedoch nur zum Schein. Die Parteien neben der SED durften sich der „Entwicklung zum Sozialismus“ nicht entgegenstellen. Die SED, geführt und gegängelt von der SU, dachte in einem vulgär-marxistischen Phasenmodell: Auf die Bürgerliche Demokratie und den Kapitalismus folgt der Sozialismus, der geht über in den Kommunismus. Weil das das „Gesetz“ der

Geschichte sein sollte, hatten die bürgerlichen Parteien die Pflicht, mit der SED zusammen und nicht gegen sie zu arbeiten. Kurz, es wurden Oppositionsparteien zum Schein gehalten, aber eigentlich war es eine Einparteienregierung.

## Wie kam es zur Gründung der beiden Staaten?



**MERKE:** Die Sowjetunion war gegen die Gründung deutscher Separat-Staaten. Die SU wollte Deutschland als Ganzes erhalten, aber „natürlich“ unter sozialistischem Vorzeichen. Die West-Alliierten wollten anfangs eine Zerschlagung Deutschlands in Teilstaaten, insbesondere die Franzosen. Angesichts der „sozialistischen Umgestaltung“ der SBZ entschlossen sich die Westalliierten zu Gründung eines westdeutschen Separatstaats unter kapitalistischen Bedingungen. Die meisten der westdeutschen Politiker, wissend, dass die Ostzone

Es wurde also von den Siegern des Zweiten Weltkrieges zuerst die BRD gegründet, gegen den Willen der Westdeutschen.

Dann wurde als Replik die DDR in der Ostzone gegründet, ohne Befragung und wahrscheinlich gegen den Willen der Ostdeutschen.

Die Deutschen in Ost und West wollten Deutschland als Ganzes erhalten, die Westalliierten wollten den Kommunismus der SU eindämmen.

## Kurzübersicht: Von der Berliner Deklaration zur Gründung der beiden Staaten

### Berliner Deklaration und Alliierten Kontrollrat

Mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 übernehmen die vier Siegermächte, USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Alle Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betreffen, sollen durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin entschieden werden, der sich aus den vier alliierten Militärgouverneuren zusammensetzt. Das Deutsche Reich wird in vier unterschiedlich große Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufgeteilt, in denen die Militärgouverneure nach eigenem Ermessen handeln. (1)



### Potsdamer Konferenz



Auf der Potsdamer Konferenz 17. Juli bis 2. August 1945 einigten sich die vier Siegermächte auf politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Dezentralisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung. Außerdem wird beschlossen, die deutschen Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße bis zu einem Friedensvertrag unter polnische sowie sowjetische Verwaltung zu stellen und die dortige deutsche Bevölkerung ebenso wie die Deutschen aus der Tschechoslowakei und Ungarn auszusiedeln.

Die in Potsdam demonstrierte Einigkeit der Anti- Hitler- Koalition wird bald brüchig. Schon die Entnazifizierung, die- mit Ausnahme der Nürnberger Prozesse- jede Siegermacht selbständig durchführt, weist erhebliche Unterschiede auf. Die allmähliche Spaltung Deutschlands ist eine Folge des weltpolitischen Gegensatzes zwischen den Westmächten und der UdSSR. (1)

## Nürnberger Prozesse

Der Internationale Militärgerichtshof von Nürnberg ist zuständig für die Verurteilung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden. Am 20. November 1945 beginnt der erste der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des „Dritten Reiches“.



Nach fast einem Jahr Verhandlungsdauer, am 1. Oktober 1946, werden 12 der 24 Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet, unter ihnen Ribbentrop und Rosenberg. Hermann Göring entzieht sich dem Henker durch Selbstmord. Sieben Angeklagte erhalten langjährige oder lebenslange Haftstrafen. In drei Fällen lautet das Urteil auf Freispruch, weil Schuld nicht nachgewiesen werden konnte. Die Leichen der Gehängten werden in einem Münchener Krematorium eingeäschert und die Asche in die Isar gestreut. Die Alliierten wollen nationalsozialistische "Wallfahrten" verhindern. (1)

## Marshallplan/ Währungsreform West/ Berlin Blockade



In der Befürchtung, dass die wirtschaftliche Not auch zu einer Ausbreitung des Kommunismus beitragen könnte und um den Wiederaufbau Europas anzukurbeln, kündigt der amerikanische Außenminister Georg C. Marshall am 5. Juni 1947 ein Hilfsprogramm für Europa an: Das European Recovery Program (ERP). Ein gravierender Einschnitt des Kalten Krieges stellt die Einbeziehung der westdeutschen Besatzungszonen in den Marshallplan dar. Eine Voraussetzung für die Wirksamkeit der Marshallplanhilfe ist die im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform. Die Einführung der neuen Währung in den Westsektoren von Berlin ist für die Sowjetunion der Anlass für die Berlin Blockade. Durch das Aushungern der West-Berliner Bevölkerung soll die Bildung eines westdeutschen Teilstaates verhindert werden. Der Versuch scheitert jedoch im Mai 1949 aufgrund der Luftbrücke und des Durchhaltewillens der West-Berliner. (1)

## Londoner Konferenz

Auf der Londoner Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte vom 25. November bis 15. Dezember über die Deutschland-Frage kam es unter den Alliierten zum Bruch zwischen der USA und der Sowjetunion. Die Tagung wurde abgebrochen. Letztmalig wurde über die Schaffung einer deutschen Zentralinstanz debattiert, was aber am Veto Frankreichs und der Sowjetunion scheiterte. Der Vorschlag der USA und Großbritanniens, stufenweise eine einheitliche Regierung für alle Besatzungszonen zu bilden sowie eine parlamentarische Vertretung zu installieren, wurde von Frankreich verworfen. Die Sowjetunion verband ihre Zustimmung mit der Erfüllung zweier Vorbedingungen: die Beteiligung an einer Kontrolle über das Ruhrgebiet und den Erhalt von Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion Gesamtdeutschlands. (1)

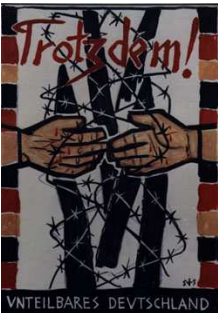
## Frankfurter Dokumente/ Gründung BRD

Als Folge des Kalten Krieges schreitet nun auch die politische Teilung Deutschlands voran. Mit den "Frankfurter Dokumenten" fordern die Westmächte die Ministerpräsidenten der 1946/47 gegründeten Länder (Aufteilung nach der Feudalzeit) am 1. Juli 1948 auf, mit der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung die Gründung eines westdeutschen Staates einzuleiten. In diesem Sinne nicht demokratisch, da die Westalliierte den Westdeutschen befohlen einen Staat zu gründen, denn sie wollten eine schnelle Regeneration Deutschlands im kapitalistischen System. Sie benannten Staatsleute wie beispielsweise Adenauer (1. Bundeskanzler) und „Antinazis“, die wegen ihrer politischen Position in Nazi-Gefangenschaft waren, zum Staatsdienst. Die Ministerpräsidenten wollen jedoch nur einen provisorischen Staat mit lediglich einem Grundgesetz statt einer Verfassung schaffen. Mit der Ausarbeitung dieses Grundgesetzes (Änderung der Weimarer Verfassung) wird ein Parlamentarischer Rat beauftragt, der am 1. September 1948 in Bonn zusammentritt. Nach der Genehmigung durch die Militärgouverneure und der Zustimmung der Länderparlamente - mit Ausnahme des bayerischen- tritt das Grundgesetz dann am 24. Mai 1949 in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland ist gegründet. (1)

## Gründung DDR

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone kommt die Gründung eines separaten Staates 1949 zum Abschluss. Aus der "Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden" geht im März 1948 der 1. Deutsche Volksrat hervor, der die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik ausarbeitet und am 19. März 1949 formell beschließt. Der 2. Deutsche Volksrat, der am 7. Oktober zusammentritt, erklärt sich zur provisorischen Volkskammer und beauftragt Otto Grotewohl mit der Regierungsbildung. Damit ist als zweiter deutscher Staat die DDR gegründet. (1)

## 1949 Zwei deutsche Staaten



1949 werden also zwei deutsche Staaten gegründet: Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland. Die drei Westmächte fördern in ihren Zonen den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie. Die Sowjetunion ebnet der SED den Weg zu einer kommunistischen Diktatur. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der DDR werden nach sowjetischem Vorbild zentral durch das Politbüro des Zentralkomitees der SED gelenkt. Nach ihrer Gründung werden beide deutschen Staaten Schritt für Schritt in die jeweiligen Machtblöcke integriert. (1)

Es gab keine Einigung zwischen Ost und West und auch keine Kommunikation mehr. Erst der Bundeskanzler Willy Brandt fing 1970 an, mit dem Osten zu reden, nach 30 Jahren.

## Willy Brandt



**1913-1992**

### 1913

18. Dezember: Willy Brandt wird unter dem Namen Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren. Seine Mutter Martha Frahm ist Verkäuferin, seinen Vater, John Möller, ein sozialdemokratischer Lehrer, lernt Brandt nie kennen. Er wird von seinem Großvater, einem Arbeiter und SPD-Mitglied, großgezogen.

### 1929

Aktive Mitarbeit in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Lübecks.

### 1930

Auf Vorschlag des Lübecker Reichstagsabgeordneten Julius Leber wird Frahm (Brandt) in die SPD aufgenommen.

### 1931

Nach Gründung der "Sozialistischen Arbeiterpartei" (SAP), einer Linksabspaltung der SPD, tritt Frahm (Brandt) über und wird Vorsitzender des Lübecker Jugendverbandes der SAP.

### 1932

Nach seinem Abitur beginnt Frahm (Brandt) ein Volontariat bei einer Lübecker Schiffsmaklerei.

### 1933

Flucht vor nationalsozialistischer Verfolgung über Dänemark nach Norwegen. Herbert Frahm nennt sich fortan Willy Brandt. Studium der Geschichte in Oslo. Journalistische Tätigkeit und Mitarbeit in der Exilarbeit der SAP.

### 1936

Im Auftrag der SAP-Auslandsleitung geht Brandt, getarnt als norwegischer Student nach Berlin und reorganisiert die dortige Untergrundgruppe der SAP.

### 1937

Als politischer Beobachter und Journalist reist Brandt nach Spanien, um auf Seiten der Republikaner über den Spanischen Bürgerkrieg zu berichten.

### 1938

In Folge der Ausbürgerung durch die Nationalsozialisten ist Brandt zunächst ein "Staatenloser".

### 1940

Nach der Besetzung Norwegens durch deutsche Truppen gerät Brandt vorübergehend in deutsche Kriegsgefangenschaft, ohne erkannt zu werden. Anschließend setzt er sich nach Stockholm ab und arbeitet dort als Journalist. Von der norwegischen Exilregierung erhält er die norwegische Staatsbürgerschaft.

#### **1941**

Heirat mit der Norwegerin Carlota Thorkildsen, ihre Tochter Ninja war 1940 geboren worden.

#### **1942-1945**

Zusammen mit führenden Vertretern der europäischen Sozialdemokratie wird er in der "Kleinen Internationale" tätig und tritt wieder der SPD bei.

#### **1945/46**

Als Korrespondent skandinavischer Zeitungen in Deutschland berichtet er über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.

#### **1947**

Brandt wird Presseattaché der norwegischen Militärmission in Berlin.

#### **1948**

1. Juli: Brandt erhält die deutsche Staatsbürgerschaft zurück und führt sein Pseudonym "Brandt" fortan als amtlichen Namen.  
Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin.  
Nach seiner Scheidung von Carlota Thorkildsen heiratet Brandt die Norwegerin Rut Hansen (geb. 1920). Aus der Ehe gehen die Söhne Peter (geb. 1948), Lars (geb. 1951) und Mathias (geb. 1961) hervor.

#### **1948/49**

Während und nach der Berlin Blockade arbeitet er eng mit dem Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter zusammen.

#### **1949-1957**

Mitglied des Deutschen Bundestages.

#### **1955-1957**

Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

#### **1957-1966**

Regierender Bürgermeister von Berlin.

#### **1957/58**

Vorsitzender des Bundesrats.

#### **1958**

Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner SPD und Mitglied des Bundesvorstands der SPD.

Mit Ausbruch der Berlin Krise etabliert er sich politisch als "standfester Vorkämpfer demokratischer Freiheit" und gewinnt damit im westlichen Ausland große Sympathien.

#### **1961**

Sozialdemokratischer Kanzlerkandidat gegen Konrad Adenauer.

#### **1961-1963**

Gemeinsam mit Egon Bahr, dem Leiter des Berliner Presse- und Informationsamtes, entwickelt Brandt außenpolitische Leitgedanken, die unter den

Titeln "Politik der kleinen Schritte" und "Wandel durch Annäherung" veröffentlicht werden und die Basis für seine spätere Neue Ostpolitik bilden.

### **1964-1987**

Parteivorsitzender der SPD.

### **1965-1992**

Mitglied des Deutschen Bundestages.

### **1965**

Sozialdemokratischer Kanzlerkandidat gegen Ludwig Erhard.

### **1966-1969**

Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler in der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger.

Brandt handelt das deutsch-französische Truppenabkommen aus, plädiert für den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffensperrvertrag und unterstützt den Beitrittswunsch Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

In der Ostpolitik führt er die von seinem Amtsvorgänger Schröder vorsichtig begonnene Politik der normalen Beziehungen mit den Ostblockländern zügig und systematisch fort. Unter Ablehnung der Hallstein- Doktrin setzt er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und Jugoslawien und die Einrichtung von Handelsvertretungen in Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) und Ungarn durch.

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Warschauer-Pakt-Staaten erhält Brandt große internationale Anerkennung durch seine deutliche Absage an Gewalt und Drohung als Mittel der Politik auf der Genfer Konferenz der nicht-nuklearen Mächte (3. September 1968) und der UNESCO-Generalkonferenz am 6. November 1968 in Paris.

### **1969**

Nach den Bundestagswahlen schließen SPD und F.D.P. eine sozial- liberale Koalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler und Walter Scheel als Vize-Kanzler und Außenminister.

28. Oktober: In seiner Regierungserklärung verweist Brandt auf die Existenz zweier deutscher Staaten, die "füreinander aber nicht Ausland seien" und gibt die Umwandlung des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen bekannt.

### **1970**

19. März: Treffen mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willy Stoph in Erfurt.

21. Mai: Treffen mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph in Kassel.

Beide Innerdeutschen Gipfel zeugen von einem gewandelten deutsch-deutschen Gesprächsklima, das die Basis für eine Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses bietet.

12. August: Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

7. Dezember: Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zur Normalisierung der wechselseitigen Beziehungen. Mit seinem Kniefall vor dem Ehrenmahl des jüdischen Ghettos in Warschau leistet er als Repräsentant des "anderen" Deutschland stumme Abbitte für die von Deutschen und im Namen Deutschlands verübten Greuel während des "Dritten Reiches".

Das amerikanische Nachrichtenmagazin "Time" wählt Brandt zum Mann des Jahres.

### **1971**

10. Dezember: Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis für seine Entspannungs- und Ostpolitik.

Im Bundestag bleiben die Ostverträge dennoch Gegenstand harter politischer Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition.

## **1972**

27. April: Das Konstruktive Misstrauensvotum der CDU/CSU gegen Brandt scheitert im Bundestag.  
19. November: Bei den Bundestagswahl erringt die SPD erstmals die Mehrheit der Sitze. Brandt bleibt Kanzler einer SPD/F.D.P.-Koalition.

## **1973**

7. Juni: Als erster deutscher Bundeskanzler reist Brandt nach Israel.  
26. September: Brandt spricht als erster deutscher Bundeskanzler vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York.  
11. Dezember: Unterzeichnung des Prager Vertrages über die Normalisierung der wechselseitigen Beziehungen.

## **1974**

6. Mai: Überraschender Rücktritt Brandts als Bundeskanzler nach der Agentenaffäre um den DDR-Spion Günter Guillaume. In seinem Rücktrittsschreiben erklärt Brandt, er übernehme damit die Verantwortung "für Fahrlässigkeiten" im Zusammenhang mit der Affäre und betont, dass ein Kanzler nicht "erpressbar" sein dürfe - dies war ein Hinweis auf zur Privatsphäre gehörende Angelegenheiten, in die Guillaume Einblick hatte.

## **1976-1992**

Präsident der Sozialistischen Internationale (SI).

## **1977**

Vorsitzender der "Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen", der sogenannten Nord-Süd-Kommission.

## **1978**

Als SI-Vorsitzender unterstützt er die Bemühungen um eine Lösung des Nahostkonflikts und legt gemeinsam mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911-1990) einen Friedensplan vor. Der Plan stellt einen Vermittlungsversuch zwischen dem israelischen Sicherheitsbedürfnis und den seitens der arabischen Länder von Israel geforderten Territorialzugeständnissen dar.

## **1979**

Juli: Teilnahme an dem umstrittenen Gespräch zwischen Kreisky und PLO-Chef Arafat (1929-2004) zur Lösung des Nahostkonflikts.

## **1979-1983**

Mitglied des Europäischen Parlaments.

## **1980**

F Kommission für internationale Entwicklungsfragen in New York.

## **1981**

Bei einem Besuch in Moskau erörtert Brandt mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew Rüstungskontrollfragen.

## **1983**

Februar: Vorstellung des zweiten Berichts der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen unter dem Titel "Hilfe in der Weltkrise".  
Dezember: Nachdem er sich 1980 von seiner Frau Rut Hansen hat scheiden

lassen, heiratet Brandt seine langjährige Assistentin Brigitte Seebacher (geb. 1946).

#### **1984**

Auszeichnung mit dem Dritte-Welt-Preis in New York.

#### **1985**

In Washington erhält Brandt den Albert-Einstein-Friedenspreis.  
In Moskau trifft er erstmals mit dem kommunistischen Reformpolitiker Michail Gorbatschow zusammen.

#### **1986**

Brandt gründet die "Stiftung Entwicklung und Frieden".

#### **1987**

Nach parteiinternen Querelen um die von ihm vorgeschlagene Pressesprecherin Margarita Mathiopoulos (geb. 1957) erklärt Brandt nach 23jähriger Amtszeit seinen Rücktritt als Parteivorsitzender.  
Wahl zum Ehrenvorsitzenden der SPD.

#### **1989**

Januar: Bundespräsident Richard von Weidsäcker gibt anlässlich Brandts 75. Geburtstag einen großen Empfang, zu dem auch zahlreiche ausländische Politiker, Staats- und Regierungschefs geladen sind.  
10. November: Nach dem Fall der Mauer hält Brandt auf einer Freudenkundgebung eine Rede vor dem Schöneberger Rathaus in West-Berlin.  
Februar: Präsentation des Berichts "Das Überleben sichern" der Unabhängigen Rathaus in West-Berlin.  
Veröffentlichung seiner "Erinnerungen", in denen Brandt eine Bilanz seines politischen Lebens zieht.

#### **1990**

November: In persönlichen Gesprächen mit dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein erreicht Brandt die Ausreise von 193 im Irak als Geiseln festgehaltenen Ausländern aus dem kriegsbedrohten Land.  
20. Dezember: Als Alterspräsident eröffnet Brandt im Berliner Reichstagsgebäude die Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages.

#### **1991**

Auf Antrag Willy Brandts spricht sich der Bundestag mit 338 zu 320 Stimmen für Berlin als neuen Regierungssitz aus.

#### **1992**

8. Oktober: Willy Brandt stirbt in Unkel am Rhein.  
Im Berliner Reichstagsgebäude wird er mit einem feierlichen Staatsakt geehrt und anschließend auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf beigesetzt. Dem Staatsakt wohnen mehr als tausend Trauergäste aus aller Welt bei, darunter zahlreiche Staatsoberhäupter und Regierungschefs. (1)

#### **Quellen:**

Geschichtsunterricht / Buch „Historische- Politische Weltkunde- D. nach 1945“ ;Klett Verlag

(1) <http://www.dhm.de/lemo/home.html>

(2) [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)

(3) <http://www.hardenberg-stiftung.org/person.html>